

FRIEDBERG kann mehr!

**Vernünftig. Mutig.
Zukunftsorientiert.**

Am 27. März FDP wählen.

www.fdp-friedberg-hessen.de



FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI
Ortsverband Friedberg
Mainzer Tor-Weg 9 * 61169 Friedberg
Telefon (06031) 1614352
Mobil (0174) 2393544
Telefax (06031) 6843403

Liberale Leitlinien zur Kommunalwahl am 27. März 2011

Friedberg kann mehr!

FDP

Vernünftig. Mutig. Zukunftsorientiert.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	5
Grundsätze der liberalen Bürgergesellschaft in unserer Stadt.....	6
Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger.....	8
Familienstadt Friedberg - Lebenschancen für Familien, Jugendliche und Senioren.....	12
Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Vereinsarbeit	15
Stadtentwicklung	17
Intelligente Verkehrsgestaltung und Straßenbau	20
Innovative Wirtschaftsförderung und Energie.....	23
Kreative Bildungs- und Kulturpolitik	26
Integration	29
Landwirtschaft und Naturpflege.....	31
Stärkung der Ortsteile	32
Das sind Ihre Kandidatinnen und Kandidaten	34

Grundsätze der liberalen Bürgergesellschaft in unserer Stadt

Die FDP steht für einen Aufbruch in eine neue Bürgergesellschaft, in der sich Menschen füreinander verantwortlich fühlen.

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne entsprechend seiner Möglichkeiten einsetzt – für sich und andere.

Die Kommune ist der Ort für persönliches Engagement im Sinne der liberalen Verantwortungs- und Bürgergesellschaft. Hier hat jeder einzelne die Möglichkeit, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten.

In der Bürgergesellschaft beschränkt sich die Mitwirkung nicht nur auf die Wahlen. Vielmehr ist ehrenamtliches Engagement die Voraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Wo ehrenamtliche Strukturen bestehen und erfolgreich funktionieren, sollen sie nicht ohne Not auf hauptamtliche Einrichtungen übertragen werden.

Mit Ihrer Stimme für die FDP treten Sie für eine Politik der Eigenverantwortung und der Selbstbestimmung ein.

Wir stehen für unser eigenes Programm und zielen nicht bereits vor der Wahl auf eine bestimmte Koalition. Wir sagen aber klar, daß wir die Bildung eines Machtblockes von CDU und SPD verhindern wollen. Denn für uns gilt die Regel: Große Koalition = kleine Politik! Mit Ihrer Stimme für die FDP setzen Sie gleichzeitig ein deutliches Zeichen gegen ein Linksbündnis von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Die Grünen.

Wir stehen für eine vernünftige und nachhaltige Politik.

Wir setzen uns dafür ein, dass in unserer Stadt Politik von Bürgern für Bürger gemacht wird. Die FDP ist Ihre Kraft der Vernunft für Friedberg.

Wir stehen bereit, um auf ehrenamtlicher Basis Verantwortung für unsere Stadt zu übernehmen. Unsere Stärke ist die Verankerung in allen Schichten.

Wir stehen für diejenigen, die leistungsbereit und leistungsfähig sind, um die Geschicke der Stadt voranzubringen.

Wir kümmern uns um diejenigen, die Hilfe brauchen.

Ihre Stimme für diesen Weg!

Achim Güssgen

Fraktionsvorsitzender

Dr. Jochen Meier

Vorsitzender der FDP Friedberg

Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Wir fordern

- **den Abbau der städtischen Schulden**
- **eine neue Betriebsform für die Stadthalle, um für die Bürgerschaft die günstigste Lösung zu schaffen**
- **die Überprüfung aller städtischen Leistungen auf die Möglichkeit einer Privatisierung, um für die Bürgerschaft das beste Ergebnis zu erzielen**

Wir Liberalen wollen die Lebensqualität in Friedberg nachhaltig stärken. Eine ausreichende Finanzausstattung ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Eine solide Politik setzt gesunde Finanzen voraus.

Wir fordern in jeder Hinsicht Transparenz im städtischen Haushalt. Wir wollen einen Bürgerhaushalt, an dem alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mitwirken und ihre Vorschläge einbringen können.

Gebührenhaushalte müssen kostendeckend sein. Die Bürger haben für ihre Gebühren einen Anspruch auf den bestmöglichen Service. Dies verlangt gleichzeitig Kostenbewusstsein in jeder Hinsicht. Das stärkt das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung.

Wir fordern eine Schuldenbremse auch für Friedberg. Eine Stadt gewinnt nicht dadurch an Attraktivität, daß sie immer mehr kostspielige Maßnahmen umsetzt, die lediglich zu neuen Schulden führen. Eine Stadt muß in schwierigen Zeiten ihre Pflichtaufgaben konsequent in Angriff nehmen und sich auf diese konzentrieren. Vieles ist wünschenswert, aber nicht alles ist erforderlich und bezahlbar. Wir versprechen den verantwortlichen Umgang mit Steuergeldern.

Die FDP wird sich dafür einsetzen, daß wir endlich wieder ausgeglichene Haushalte bekommen. Die Neuverschuldung muß auf Null gefahren werden. Der Schuldenstand muß reduziert werden. Eine Erhöhung von kommunalen Steuern und Abgaben lehnen wir ab. Alle öffentlichen Vorhaben müssen daher unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt werden. Wir brauchen eine Aufgabenkritik für alle Bereiche.

Wir fordern die Prüfung von Kooperationen mit den Nachbargemeinden auf allen Gebieten, um Kosten zu reduzieren.

Wir fordern die Überprüfung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft hinsichtlich ihrer Kernaufgaben. Bereiche, die nicht für diese Kernaufgaben erforderlich sind, sollten veräußert und der Erlös für die Sanierung des Haushalts genutzt werden.

Der städtische Haushalt muß ständig auf Einsparmöglichkeiten überprüft werden. Die laufende Überprüfung des Stellenplans und ein Controllingverfahren sind ebenso notwendig wie die Privatisierung städtischer Aufgaben, sofern sie von privater Hand bei gleicher oder besserer Leistung auf Dauer günstiger zu erledigen sind. Dabei ist immer auf das Haushaltsrecht des Stadtparlaments zu achten.

Die FDP fordert ein Konzept zur Umsetzung der für die Stadt vorteilhaften Privatisierungen.

Alle über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben müssen nach unserer Auffassung allein durch die Stadtverordnetenversammlung entschieden werden, wenn sie den Betrag von 10.000 Euro überschreiten. Dabei mussklar sein, daß eine Genehmigung zu Lasten der Vorhaben in Folgehaushalten geht.

Bei Investitionsvorhaben ist insbesondere auf mögliche Folge- und Unterhaltungskosten zu achten. Wir sprechen uns dafür aus, solche Investitionen nur nach vorhergehender Folgekostenrechnung vorzunehmen.

Die FDP Friedberg sieht eine große Verantwortung aller politischer Parteien und insbesondere derer mit Regierungsverantwortung im Bereich des nachhaltigen, zukunftsorientierten Umgangs mit den Ressourcen der Stadt. Aus diesem Grunde hat die FDP Friedberg in der vergangenen Wahlperiode immer wieder Vorstöße

unternommen, welche auf eine drastische Veränderung bei der Organisationsform der Stadthalle abzielte. Die FDP bekennt sich zur Stadthalle als Veranstaltungszentrum mit Bürgerhausfunktion. Gleichzeitig stellt die Stadthalle Friedberg in der bisherigen Betriebsform für die Stadt eine finanzielle Belastung dar. Dies zeigt sich unter anderem im Haushalt für 2011. Ein großer Teil der Neuverschuldung wäre sicher in diesem Ausmaß vermeidbar. Dies setzt aber voraus, daß man alles unternimmt, um die Situation zu entschärfen.

Die FDP Friedberg hat hierzu in der Vergangenheit immer wieder gemahnt und Konzepte vorgelegt. Wir fordern die Einsetzung einer Betriebsgesellschaft in Form einer GmbH, welche den Betrieb der Stadthalle in einem ersten Schritt übernehmen und hin zu betriebswirtschaftlich vertretbaren Strukturen führen soll. Dabei sind keine kurzfristigen Erfolge zu erzielen, das wissen wir. Mittelfristig wäre es der erste Schritt hin zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Stadthalle, wir könnten eine in Friedberg beispiellose Geldvernichtung beenden. Vor allen Entscheidungen steht die, welche Nutzung der Stadthalle in Zukunft geplant ist und ob Friedberg eine solche Halle in dieser Größenordnung braucht und auch betreiben kann. Wir stehen daher für eine schnelle Herbeiführung einer solchen Grundsatzentscheidung, um ein großes Loch im Haushalt zumindest kleiner zu machen.

Der Bauhof der Stadt Friedberg ist mit dem Haushaltvolumen eines großen mittelständischen Bau-Unternehmens ein wichtiger Faktor im Gesamtbudget der Stadt Friedberg, nämlich ca. 7,5%. Dies verdient besondere Aufmerksamkeit. Durch das Instrument der internen Leistungsbeziehungen ist das Verfahren im Rahmen der Einführung der Doppik auch in sich zwar schlüssig. Allerdings stellt sich die Frage, ob die den Kosten gegenüber angesetzten fiktiven Erlöse auch marktgerecht sind. Eine moderne Kommune muss sich derlei Fragen immer wieder stellen. Die FDP fordert auch hier die Überprüfung nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Jeder Eigenbetrieb einer Kommune stellt eine Konkurrenz zu den örtlich jeweils ansässigen Betrieben dar, welche eben den marktwirtschaftlichen Realitäten ausgesetzt sind. Da wir die Wirtschaftlichkeit des Bauhofs in der jetzigen Form klar in Frage stellen, sind unserer Ansicht mittelfristig Optimierungsstrategien das beste Mittel.

Im Laufe der Wahlperiode sollen Straffungen und Kooperationen mit den Nachbargemeinden geprüft und gegebenenfalls auch in Angriff genommen werden. Langfristig ist ein kommunaler Bauhof in der bisherigen Form nicht tragbar.

Die FDP spricht sich gegen einen weiteren Anstieg der Belastungen durch den Schwimmbadzweckverband aus.

Familienstadt Friedberg - Lebenschancen für Familien, Jugendliche und Senioren

Wir fordern

- **die Einrichtung eines Familienbeirats**
- **Maßnahmen für eine barrierefreie Stadt**
- **eine stärkere Einbeziehung des Seniorenbeirates der Stadt bei allen Belangen, die ältere Mitbürger betreffen**
- **die Fortentwicklung der dezentralen Jugendarbeit in den Stadt- und Ortsteilen und der Konzeption der Jugendfreizeiteinrichtung**
- **die stärkere Einbeziehung freier Träger in die Arbeit der städtischen Jugendeinrichtung**

Kommunale Sozialpolitik soll staatliche Vorgaben vor Ort ausfüllen und ergänzen. Die FDP setzt als einzige Partei auf die Bürger und auf deren kreatives Potential, auf deren Leistungsbereitschaft und deren Willen, das Leben selbstbestimmend zu gestalten.

Familie und Kinderbetreuung

Friedberg muss sich endlich als Familienstadt begreifen. Hierfür müssen dringend Konzepte erarbeitet werden, z. B. für den Bau von Kindertagesstätten. Es gibt bislang keine geordnete Planung für den Bau solcher Einrichtungen. Dies ist ein schweres Versäumnis. Es reicht nicht, wenn nur die Orte festgelegt werden, so lange es keine transparente und vernünftige Gesamtkonzeption gibt.

Wir fordern die Einrichtung eines Familienbeirats, der die Stadt bei der Erarbeitung solcher Konzepte unterstützt. Hier müssen die Eltern, Verbände und die Kirchen

vertreten sein. Nur so kann auf Dauer Transparenz bei der Erarbeitung politischer Ziele und ihrer Umsetzung erreicht werden.

Grundsätzlich muss sich eine solche Bauplanung an den tatsächlichen Bedürfnissen, an den Interessen der Eltern und Kinder orientieren.

Gleichzeitig gilt, dass die Kinderbetreuung nicht als „Markt“ begriffen werden darf, auf dem die „Ware Kind“ gehandelt wird. Die Bereitstellung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung ist eine Investition in die Zukunft. Wir gehen davon aus, dass Menschen auf Beziehung und Dialog hin ausgerichtet sind und dass die Arbeit in Einrichtungen der Kinderbetreuung die Beziehungen von Kindern zur Welt, zu anderen Menschen und sich selbst stärken muss. Diese Arbeit muss dazu beitragen, eigenverantwortliches wie gemeinschaftsfähiges Handeln auszubilden.

Grundsätzlich darf die Diskussion um das Thema Kinderbetreuung nicht auf die Frage der Quantität der Plätze reduziert werden. Die Qualität der Betreuung muss noch stärker in den Vordergrund rücken, damit Eltern ihre Kinder nicht nur betreut, sondern bestens aufgehoben wissen. Im Kleinkindalter wird der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gelegt und damit das Fundament für das zukünftige Leben.

Wir brauchen ein aufeinander abgestimmtes Miteinander städtischer Einrichtungen mit den Angeboten der beiden großen christlichen Konfessionen und weiterer freier Angebote. Eine Verdrängung der kirchlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung aus der in Friedberg gebotenen Palette der Möglichkeiten lehnt die FDP ab.

Senioren

Alte Menschen dürfen in unserer Gesellschaft nicht bevormundet werden, sie haben das Recht, ihr Leben selbständig zu bestimmen und zu gestalten. So sollte in der üblichen Wohnbebauung ein integratives Konzept des gemeinschaftlichen Wohnens verwirklicht werden, damit Senioren möglichst lange im gewohnten Umfeld leben können.

Wir wollen, dass der städtische Seniorenbeirat frühzeitig in alle Belange, die ältere Mitbürger betreffen, einbezogen wird.

Jugend

Ziel einer liberalen Jugendpolitik ist es, die Basis dafür zu schaffen, dass Kinder und Jugendliche zu selbständigen, eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen und toleranten Menschen heranwachsen. Dies zu erreichen ist in erster Linie Aufgabe der Familie und des gesellschaftlichen Umfelds. Die Politik kann aber dazu beitragen, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Die FDP hat in der vergangenen Wahlperiode den Bau einer Jugendfreizeiteinrichtung mit ermöglicht. Das Jugendzentrum wurde im Herbst 2010 eröffnet. Die FDP spricht sich dafür aus, die Arbeit in diesem Haus bis zum 30. November 2011 zu bewerten, um gegebenenfalls das pädagogische Konzept des Hauses den Bedürfnissen anzupassen.

Wir wollen freie Träger in die Arbeit des Jugendhauses einbeziehen.

Die FDP fordert eine Fortsetzung der bisherigen Angebote der dezentralen Jugendarbeit in den Stadtteilen, einschließlich Fauerbach.

Einen sehr wichtigen Beitrag zur Jugendarbeit in unserer Stadt leisten die zahlreichen Vereine in Friedberg und den Stadtteilen. Die FDP unterstützt diese hervorragende ehrenamtliche Jugendarbeit der Vereine und spricht sich für eine stärkere Förderung der Vereine, die Jugendarbeit leisten, aus.

Gleichzeitig müssen wir an diejenigen Jugendlichen denken, die sich nicht in das traditionelle Vereinsleben begeben wollen, sondern auf der Suche nach eigenen Wegen sind. Für diese Gruppe muss ein Angebot durch die städtische Jugendarbeit erfolgen.

Wir fordern, dass das Jugendzentrum auch pädagogische Konzepte für die Integrationsarbeit für Jugendliche mit Migrationshintergrund entwickelt und anbietet. Hier muss vor allem auch an Angebote für Mädchen gedacht werden.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Vereinsarbeit

Wir fordern

- **die weitere Unterstützung des Ehrenamtes in Friedberg**
- **die kontinuierliche Pflege der Sportstätten, denn kontinuierliche Pflege beugt vor**

Leben in der Gemeinde bedeutet vor allem Leben in der Gemeinschaft. In dieser Gemeinschaft sind Sport- und Kulturvereine ebenso unverzichtbar für Jung und Alt wie soziale Initiativen. Wer am Leben in der Gemeinde aktiv und interessiert teilnimmt, steigert seine persönliche Lebensqualität.

Das Gefühl der Verbundenheit mit dem Ort, in dem man lebt, entsteht nicht durch Beschlüsse der Friedberger Stadtverordnetenversammlung. Es kann nur aus dem Engagement „Bürger für Bürger“ erwachsen. Liberale Kommunalpolitik tritt dafür ein, dass Vereine und Initiativen notwendige Freiräume und Rahmenbedingungen erhalten, um sich entfalten zu können.

Die öffentliche Hand allein kann nicht alle erforderlichen kulturellen und sozialen Aufgaben finanzieren. Deshalb wird die FDP das Vereinsleben in Friedberg und die damit verbundene weitere Aufwertung des Ehrenamtes nachhaltig unterstützen.

Eine besondere Bedeutung kommt den freiwilligen Feuerwehren in der Kernstadt und in den Ortsteilen zu, nicht allein wegen der Gefahrenabwehr sondern auch wegen der gesellschaftlichen Bedeutung. Dieses ehrenamtliche Engagement verdient besondere Unterstützung. Hierfür müssen auch die Einrichtungen in den Ortsteilen ausreichend ausgestattet sein!

Das programmatische und auch finanzielle Bürgerengagement, das in den zahlreichen Fördervereinen geleistet wird, müssen wir weiterhin unterstützen. Zu nennen sind hier

z. B. die freiwilligen Feuerwehren, die Fördervereine für die Stadtkirche und das Alte Hallenbad, die zahlreichen Schulfördervereine, der Trägervereins der Musikschule und viele andere, die hier nicht alle genannt werden können. Solche Aktivitäten sind vorbildlich für unsere Gemeinde und sollten uns allen ein Ansporn sein. Die FDP bekennt sich ausdrücklich zu der Verantwortung der Kommune für diese bürgerschaftlichen Aktivitäten.

Die FDP wird auch weiterhin darauf achten, dass die vorhandenen Sportstätten in enger Abstimmung mit dem Wetteraukreis gepflegt und wenn erforderlich saniert werden. Die Sportanlagen sollen in städtischer Trägerschaft verbleiben.

Stadtentwicklung

Wir fordern

- **Maßnahmen zur Erhaltung der Vielfalt im innerstädtischen Handel**
- **Maßnahmen zur Aufwertung der Kaiserstraße**
- **gezielte Maßnahmen zur Stadtverschönerung**
- **Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet**
- **Überdenken der geplanten Umgestaltung des Elvis-Presley-Platzes, vor allem hinsichtlich der Kosten**

Die FDP in Friedberg unterstützt alle Anstrengungen, um den gewachsenen Stadtkern und die Stadtteilkerne mit einer vielseitigen und ausgewogenen Mischung aus Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und Kultureinrichtungen sowie qualifizierten Dienstleistungsbetrieben zu erhalten. Dazu gehört die Sicherung funktionierender innerstädtischer Standorte des Einzelhandels, deren Förderung und Verbesserung.

Die Wiederbelebung des historischen Stadtkerns und der Burg führt zu einer neuen Lebensqualität und fördert die Identifikation der Bürger mit unserer Stadt.

Die FDP will gezielte Maßnahmen der Stadtverschönerung und der Verbesserung der Sauberkeit der Innenstadt und Stadtteile. Eine saubere Stadt ist nicht nur eine Freude für die Bürger, sondern wirkt auch anziehend auf die Besucher und ist somit letztlich wirtschaftsfördernd. Die Belange des Einzelhandels sind immer einzubeziehen.

Wir sagen „Ja“ zu einer Umgestaltung und Weiterentwicklung der Kaiserstraße. Alle Maßnahmen müssen jedoch mit dem Blick für das Machbare und die damit verbundenen Kosten, also mit Vernunft, umgesetzt werden. Die Kaiserstraße ist eine

Einkaufsstraße und für Friedberg ein sehr wichtiges wirtschaftliches Zentrum. Eine Umgestaltung muss daher den Erhalt der Parkplätze berücksichtigen.

Die Kaiserstraße muss auch nach der Umgestaltung den Charakter einer innerstädtischen Allee behalten.

Die FDP musste in der vergangenen Wahlperiode zur Kenntnis nehmen, dass alle Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung außer der FDP sich für den sehr aufwendigen Umbau des Elvis-Presley-Platzes ausgesprochen haben und diese Maßnahmen trotz unvertretbar hoher Kosten in Höhe von bislang geschätzten 2 Millionen Euro (davon 1,4 Millionen Euro aus Sanierungsmitteln) unbedingt umsetzen wollen. Wir fordern, dass die Planungen für den Platz und die anschließende Umsetzung an jeder Stelle auf die Möglichkeit von Einsparungen überprüft werden. Wir wollen, dass dieser Platz in Friedrich-Schiller-Platz umbenannt wird. Dies entspricht Friedbergs Stellung als Stadt der Schulen und der Bildung!

Wir werden ab der nächsten Wahlperiode die Folgen der Altstadtsanierung zu bewältigen haben. Wir halten diese in der seinerzeit begonnenen Form für gescheitert. Eine Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen hat nur in sehr begrenztem Maße stattgefunden (z. B. die Innensanierung von Häusern und Wohnungen). Das eigentliche Sanierungsziel ist größtenteils verfehlt. Unsere stetigen Mahnungen sind als unwesentlich bezeichnet worden. Wir werden unsere Aufgaben bei der Bewältigung der Folgen verantwortungsbewußt wahrnehmen.

Die FDP spricht sich für eine Schließung der noch vorhandenen Lücken bei den bisher ausgewiesenen Baugebieten in der Kernstadt und in den Stadtteilen aus, bevor neue Baugebiete ausgewiesen werden. Hier ist insbesondere an die Schaffung moderner Infrastruktur zu denken, damit Fehler wie bei anderen Baugebieten (z.B. Bruchbrücken) vermieden werden.

Wir müssen uns gleichzeitig der Fortentwicklung der Ortskerne widmen, Leerstände von Wohnhäusern müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Die Stadt kann hier nur empfehlend und beratend tätig werden. Es müssen geeignete Instrumente entwickelt werden, die zur Problemlösung beitragen. Auch hier müssen die technischen

Voraussetzungen, z.B. bei den Telefon- und Internetverbindungen, stimmen. Es ist überall zu prüfen, inwiefern vorhandene Leitungssysteme durch moderne technische Verfahren (z.B. die Nutzung des Gasleitungsnetzes) genutzt werden können.

Die Entwicklung der innerstädtisch möglichen Baugebiete muss durch entsprechende Rahmenplanungen, z. B. beim Kindergartenbau, besonders auch für Familien interessant sein.

Intelligente Verkehrsgestaltung und Straßenbau

Wir fordern

- **die Ausweitung der Öffnungszeiten des Parkhauses am Europaplatz**
- **den Bau der Ortsumgehung Fauerbach**
- **den zügigen Fortgang der Arbeiten an der Ortsumgehung Dorheim**
- **eine Überprüfung der Konzeption der innerstädtischen Verkehrsführung**
- **eine vernünftige Mischung von Kurzzeit- und Langzeitparkplätzen**
- **den Bau eines Parkhauses im Innenstadtbereich durch einen privaten Investor**

Ein wichtiges Ziel der Verkehrspolitik der FDP in Friedberg ist die attraktive und funktionelle öffentliche Verkehrsgestaltung.

Durch die gut funktionierende politische Zusammenarbeit mit den politischen Mitbewerbern der beiden großen Volksparteien konnte auch die FDP auf Stadt-, Landes- und Bundesebene ihre Beiträge dazu leisten, dass die B3a bei Friedberg im Jahr 2009 endlich fertiggestellt werden konnte. Auch nach der Fertigstellung der Baumaßnahme, die zu einer spürbaren Entlastung vom Durchgangsverkehr geführt hat, ist die Arbeit noch lange nicht beendet.

Zum einen müssen in Ockstadt alle Maßnahmen ergriffen werden, um den Ortskern nachhaltig zu beruhigen. Dies dient auch der dringend notwendigen Sicherung der Schulwege. Gleichzeitig liegt es im Friedberger Interesse sich für den Weiterbau der B3 bei Wöllstadt und Karben einzusetzen. Erst die Schließung der vorhandenen Lücken wird zu einer Umsetzung des Gesamtkonzeptes führen. Die FDP Friedberg bekennt sich klar zu dieser Verantwortung.

Wir fordern die Umsetzung des geplanten Baus der Teilortsumgehung Fauerbach. Die Menschen in diesem Ortsteil müssen dringend vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Wir sind in der zurückliegenden Wahlperiode mit Unterstützung der Hessischen Landesregierung hier ein gutes Stück weitergekommen. Nun müssen die Planungen abgeschlossen und vor allem das erforderliche Geld für den Bau bereitgestellt werden. Die Friedberger FDP wird in ihren Anstrengungen und Bemühungen nicht nachlassen. Wir sind zuversichtlich, dass wir den Baubeginn in der vor uns liegenden Wahlperiode erreichen können.

Wir treten für den zügigen Weitergang der begonnenen Baumaßnahme bei der Ortsumgehung Dorheim ein. Gleichzeitig muß ein Konzept entwickelt werden, um den Dorheimer Ortskern zu verschönern und lebendig zu erhalten. Hier müssen die Interessen der in Dorheim ansässigen Geschäfte und Unternehmen von Beginn an berücksichtigt werden.

Die innerstädtischen Straßen und Gehwege sind kontinuierlich in Ordnung zu halten. Die FDP fordert die Vorlage und öffentliche Diskussion einer Prioritätenliste.

Die Einführung einer Straßenbeitragssatzung lehnen wir ab.

Voraussetzung für das Funktionieren der Innenstadt und der Stadtteile ist eine gute Erreichbarkeit. Dafür ist eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel notwendig. Aus unserer Sicht müssen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der Öffentliche Personennahverkehr in der kommunalen Verkehrsgestaltung ihren jeweiligen Platz einnehmen.

Wir fordern die Erarbeitung eines Konzeptes für die sinnvolle Bewirtschaftung vorhandenen Parkraums durch eine Mischung von Kurzzeitparkmöglichkeiten und Parkplätzen mit einer längeren Parkdauer.

Die Schaffung von mehr Parkplätzen in der Nähe der Kaiserstraße ist erforderlich, um die Attraktivität Friedbergs als Einkaufsstadt zu sichern. Wir sprechen uns für die Ausweitung der Parkmöglichkeiten an der Kaiserstraße auf zwei Stunden aus, dies wird den Kunden mehr Flexibilität bringen und mehr Zeit, um ihre Besorgungen in der

Innenstadt zu erledigen. Gleichzeitig führt es zu einer Steigerung der Attraktivität der Einkaufsstadt Friedberg.

Einen Wegfall weiterer Parkplätze lehnen wir ab.

Die FDP unterstützt alle Maßnahmen, die dazu beitragen, die Akzeptanz und Attraktivität für das vorhandene Parkhaus am Alten Bahnhof zu erhöhen.

Weiterhin müssen Langzeitparkplätze für in Friedberg Beschäftigte geschaffen werden. Der Bau eines Parkhauses in zentraler Lage und in Abstimmung mit einem Investor ist dringend erforderlich.

Wir fordern die grundsätzliche Ausweitung der Öffnungszeiten für das Parkhaus am Landratsamt (Europaplatz) in Abstimmung mit dem Wetteraukreis. Der Magistrat der Stadt Friedberg muss hier rasch die Initiative ergreifen.

Bei allen Maßnahmen ist darauf zu achten, dass eine verträgliche Lösung der jeweiligen Interessen der Fußgänger und des fließenden Verkehrs beachtet wird.

Innovative Wirtschaftsförderung und Energie

Wir fordern

- **die Erschließung neuer Gewerbeflächen und deren planungsrechtliche Absicherung**
- **die Unterstützung der Stadt bei der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den Handel auf der Kaiserstraße und die angrenzenden Gebiete**
- **die Förderung sogenannter „weicher“ Standortfaktoren, insbesondere des kulturellen und sportlichen Umfeldes**

Wirtschaft

Eine aktive Bürgergesellschaft benötigt eine liberale Wirtschaftspolitik in den Kommunen. Arbeitsmarktprobleme vor Ort können nicht durch Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter Arbeitsplätze gelöst werden. Liberale Wirtschaftspolitik stärkt mittelständische Strukturen, da sich vor allem der Mittelstand als langfristiger, zuverlässiger Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen erwiesen hat, für den wir attraktive Rahmenbedingungen herstellen wollen.

Die FDP sieht den engen Zusammenhang zwischen einer aktiven Wirtschaftspolitik und einer Förderung sogenannter „weicher“ Standortfaktoren, insbesondere des kulturellen und sportlichen Umfelds und der Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt.

Die Gewerbegebiete der Stadt sollen erweitert werden, insbesondere das Gewerbegebiet West.

Die Konversion des Standorts der früher von der US-Armee genutzten Ray-Barracks wird in der kommenden Wahlperiode weiterhin ein sehr wichtiges Thema sein. Im

Rahmen der gesamtstädtischen Entwicklung Friedbergs soll die Liegenschaft, die immerhin 74 ha umfasst, einer neuen, zivilen Nutzung zugeführt werden.

Zu diesem Zweck hat die Stadt Friedberg in der zurückliegenden Wahlperiode eine technisch-wirtschaftliche Machbarkeitsstudie beauftragt. Diese befindet sich derzeit in der zweiten Phase, in der auf der Basis der Ergebnisse der Phase I ein städtebauliches Konzept für die Liegenschaftsentwicklung einschließlich eines entsprechenden Maßnahmen- und Durchführungskonzeptes erarbeitet werden soll. Außerdem müssen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt werden.

Die FDP fordert, dass die Information der Bürgerschaft und der Stadtverordneten ab der kommenden Wahlperiode intensiver durchgeführt wird als in der Vergangenheit. Es wurde ein Konversionsausschuß eingesetzt, der jedoch nur selten zusammengetreten ist. Dies muß sich ändern, damit eine intensive inhaltliche Begleitung des Themas möglich wird, sowohl durch die Stadtverordneten wie auch durch die Bevölkerung.

Die FDP spricht sich grundsätzlich für eine Erhaltung der am Eingang der Kaserne befindlichen Gebäude aus, da diese für das Stadtbild prägend sind und an die frühere Kaserne erinnern. Hier sollte an denkmalschützerische Maßnahmen gedacht werden.

Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt sollte die Stadt Friedberg nur die bauplanerischen Verfahren betreiben, ein direktes Engagement der Stadt Friedberg oder einer stadteigenen Gesellschaft wird seitens der FDP abgelehnt. Die Stadt ist hier in erster Linie Mittler.

Die FDP setzt sich für eine aktive Ansiedlungspolitik der Stadt ein, um mehr Wirtschaftskraft nach Friedberg zu holen und so mehr Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Dazu wird eine Verbesserung der Kooperation der Stadt mit anderen Institutionen wie der Wirtschaftsförderung des Wetteraukreises, der Fachhochschule Gießen-Friedberg, der IHK, dem Einzelhandelsverband u. v. a. angestrebt.

Die FDP will auch weiterhin eine lebendige Innenstadt mit der Kaiserstraße und den angrenzenden Geschäftsgebieten und ihrem vielfältigen Angebot.

Die FDP tritt für eine weitere enge Abstimmung mit dem Friedberger Einzelhandel, der Stadtmarketing e. V., dem Gewerbeverein und weiteren an diesem Thema arbeitenden Verbänden ein. Die bestehenden Konzepte müssen weiterentwickelt werden. Wir brauchen weiterhin attraktive Sonderaktionen zu besonderen Anlässen.

Energie

Die FDP Friedberg setzt sich grundsätzlich für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Dabei haben für uns Energiequellen wie Biomasse, Geothermie und auch Sonnenenergie Vorrang. Die FDP sich in der Stadt Friedberg und im Wetteraukreis dafür einsetzen, daß Stadt und Landkreis ihren Einfluß bei der OVAG geltend machen, um den Anteil des Stromes, der aus regenerativen Energien gewonnen wird, zu erhöhen. Sinnvoll ist nach unserer Ansicht auch eine Beteiligung der OVAG am Ausbau der erneuerbaren Energien, um die wirtschaftlichen Vorteile nutzen zu können.

Die Windkraft ist in unserer Region für die Energieerzeugung keine wirtschaftlich sinnvolle Alternative. Wir sind gegen die „Verspargelung“ unseres Lebensraums. Wir sprechen uns daher auch gegen die Genehmigung und den Bau weiterer Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Stadt Friedberg aus. Wir werden uns weiterhin gegen den geplanten Bau der Windkraftanlagen zwischen Bruchenbrücken und Wöllstadt einsetzen.

Wir befürworten den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern städtischer Gebäude, allerdings nur als Investorenmodell.

Die FDP Friedberg setzt sich gemeinsam mit der FDP Wetterau weiterhin auf allen überregionalen Ebenen dafür ein, dass die Kommunen wieder die Planungshoheit für die Errichtung von Anlagen zur Energiegewinnung erhalten und die im § 35 des Baugesetzbuches festgelegte Privilegierung geändert wird. Sie fordert die Hessische Landesregierung zu einer entsprechenden Initiative im Deutschen Bundesrat auf.

Kreative Bildungs- und Kulturpolitik

Wir fordern

- **die Erarbeitung eines Kulturfahrplans für Friedberg**
- **eine kontinuierliche und vertragsgemäße Pflege des Burggartens, um ihn als Naherholungsgebiet für die Bürger der Stadt und für unsere Gäste dauerhaft attraktiv zu erhalten**
- **die weitere Förderung der Kulturarbeit der in Friedberg ansässigen Vereine**
- **die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaften**

Mit über 70 Bildungseinrichtungen verfügt Friedberg über ein außergewöhnlich vielfältiges Bildungsangebot für seine Bürger. Die FDP Friedberg unterstützt die Aktivitäten des Bildungsforums, um Friedberg als Bildungsstadt bekannt zu machen. Mit unserer Unterstützung wollen wir einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Stadt leisten, denn Bildungsangebote werden zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor für Unternehmen und Neubürger.

Ein vielfältiger Kulturbetrieb ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in Friedberg. Es geht darum, unser ererbtes Kulturgut zu bewahren und weiterzugeben und gleichzeitig neue Wege zu beschreiten. Die Kulturpolitik und die Pflege des historischen Erbes stehen in einem engen Zusammenhang.

Der Burgbereich hat wichtige Funktionen als Naherholungsgebiet für die Bürger der Stadt und deren Gäste sowie als touristische Attraktion.

Der Burggarten ist als Kulturdenkmal und Naherholungsgebiet für unsere Stadt von besonderer Bedeutung. Nach seiner Wiedereröffnung ist darauf zu achten daß der Garten besonders pfleglich behandelt wird.

Der Garten ist kontinuierlich und vertragsgemäß zu pflegen, um ihn als Naherholungsgebiet für die Bürger der Stadt und ihre Gäste dauerhaft attraktiv zu erhalten.

Die Begeisterung der Friedberger Bürgerschaft für „ihre“ Burg ist 2010 nach dem Einknicken der Spitze am Adolfsturm deutlich geworden. Wir brauchen ein solches bürgerschaftliches Engagement auch künftig bei der Erhaltung der Burganlage.

Ziel ist die Verbesserung der touristischen Infrastruktur im gesamten Bereich der Burg. Die Einrichtung einer Gastronomie im Bereich der Burg darf nur in ausschließlich privater Trägerschaft und auf privates Risiko erfolgen. Eine direkte oder indirekte Subventionierung einer solchen Maßnahme durch die Stadt Friedberg, etwa durch Übernahme des unternehmerischen Risikos, lehnen wir ab. Die Stadt hat hier keine Zuständigkeit. Die Zugänglichkeit zu historisch wertvollen Gebäuden in Abstimmung mit den jeweiligen Trägern ist zu verbessern (z. B. Adolfsturm, Römerbad).

Die Kultur- und Vereinsförderung ist ein integraler Bestandteil der Politik der FDP. Die Basis dafür sind freiwillige Leistungen der Stadt Friedberg, ebenso wie ehrenamtliches Engagement und Kultursponsoring unter Einbeziehung der heimischen Wirtschaft.

Die FDP spricht sich für die Unterstützung der Weiterführung von Kulturangeboten aus, die nicht in städtischer Regie angeboten werden (z. B. Musikschule, Volksbühne, um nur zwei zu nennen).

Die kulturellen Angebote in einem Zirkuszelt auf der Seewiese in den Sommermonaten sind auf Dauer nicht genug. Hier brauchen wir mehr Phantasie. Wir müssen attraktive Veranstaltungsorte entwickeln. Wir fordern die Prüfung der Zusammenarbeit mit dem Wetteraukreis, um die Schulen in den Sommermonaten für Veranstaltungen zu öffnen. Denkbar erscheint etwa die Nutzung des Hofes der Augustinerschule mit der Ausweichmöglichkeit der Aula bei schlechtem Wetter. Denkbar erscheint insbesondere die Nutzung des Hofes im Wetterraumuseum für kleinere Angebote. Denkbar erscheint die Ausweitung der Nutzung des Rathausparks.

In Verantwortung vor der Jüdischen Gemeinde und dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus fordern wir weiterhin die Umsetzung des Projektes „Stolpersteine“ für Friedberg.

Die FDP strebt die Weiterentwicklung der städtepartnerschaftlichen Verbindungen mit Bishop's Stortford, Villiers sur Marne und Magreglio an. Dies hat Vorrang vor dem Abschluß weiterer Städtepartnerschaften. Wir regen an, dass der Schüleraustausch mit allen Partnerstädten belebt wird.

Die FDP wird aktiv alle Maßnahmen unterstützen, die zur Erhaltung der 24 Hallen (Rosentalviadukt) beitragen.

Integration

Wir fordern

- **die Einbindung des Amtes des Integrationsbeauftragten in den ehrenamtlichen Magistrat.**

Die Politik der Stadt Friedberg muss sich aufgrund der wachsenden Anzahl der Bürger mit Migrationshintergrund verstärkt der Thematik der Integration widmen. Erfolgreiche Integrationspolitik ist keine Nischenpolitik, sie muss als Querschnittsaufgabe in der Politik und Verwaltung verankert sein.

Die FDP fordert, dass der Magistrat bis Ende März 2012 ein Konzept vorlegt, um die vor uns liegenden Aufgaben zu beschreiben und Vorschläge für ihre Lösung zu unterbreiten.

Integrationspolitik bedeutet nicht nur Förderung derjenigen, die zugewandert sind, sondern bedeutet auch die Selbstverständlichkeit, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Sprachkenntnisse sind hierfür eine Grundvoraussetzung.

Zuwanderer müssen sich, wie alle anderen, klar und vorbehaltlos zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und seinen Werten bekennen.

Integrationspolitik ist keine Einbahnstraße. Sie richtet sich auch an die deutsche Gesellschaft und muss dazu beitragen, dass Befürchtungen und Vorurteile abgebaut werden können. Integrationspolitik kann nur gelingen, wenn die hier lebende Bevölkerung das Gefühl bekommt, dass man ihre Interessen und Befürchtungen berücksichtigt.

Partizipation und Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind Grundlagen jeder nachhaltig orientierten Integrationspolitik. Mehr denn je muss in Friedberg dabei auch ein offener und offensiver interkultureller und interreligiöser Dialog geführt werden.

Bei allen Fragen der Integrationspolitik ist eine enge Abstimmung mit den Programmen des Landkreises und auch benachbarter Gemeinden erforderlich.

Die FDP Friedberg setzt bei ihrer Integrationspolitik verstärkt auf ehrenamtliche Helfer. Hausaufgabenhilfe und Sprachkurse könnten ehrenamtlich von Bürgern unterstützt werden. Gerade ältere Mitmenschen haben oft den Wunsch, sich in der Gemeinschaft einzubringen. Besonders hier sollten ehrenamtliche Helfer zur Unterstützung von Integrationsprojekten gewonnen werden.

Das Amt des Integrationsbeauftragten ist als ehrenamtliche Aufgabe zu erhalten. Es ist eine Einbindung dieser Aufgabe in die Arbeit des Magistrats vorzunehmen. Dies geschieht am ehesten durch die Übernahme dieser Aufgabe durch ein ehrenamtliches Magistratsmitglied.

Landwirtschaft und Naturpflege

Die FDP in Friedberg begreift sich als Partnerin der Landwirte und steht jederzeit auch als Gesprächspartner vermittelnd und hilfreich an ihrer Seite, wenn diese Unterstützung gebraucht wird.

Die FDP Friedberg setzt sich dafür ein, dass die Verbraucher beim Einkauf von Lebensmitteln verstärkt auf die hochwertigen heimischen Produkte zurückzugreifen. Auf diese Weise werden die heimischen Produzenten in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion unterstützt, Absatzmärkte bleiben erhalten oder werden neu erschlossen. Auf diese Weise bleiben Arbeitsplätze in den vorgenannten Bereichen erhalten. Gleichzeitig trägt dies auf mittlere und längere Sicht zu einer Verkürzung von Transportwegen bei und stellt so einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz dar. Die FDP Friedberg unterstützt alle Formen landwirtschaftlicher Direktvermarktung.

Die FDP Friedberg setzt sich im Rahmen der Kreisentwicklung für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem bei uns hochwertigen Ackerland ein. Dies steht an anderer Stelle durchaus im Konflikt mit Entwicklungen z. B. im Straßenbau. Hier muss ein behutsamer Abwägungsprozeß stattfinden, der nicht automatisch zum Nachteil der Landwirtschaft erfolgen darf.

Das Jagdwesen ist Teil eines verlässlichen Naturschutzes. Die Friedberger FDP wendet sich gegen jegliches Bestreben, die Jagdausübung aus ideologischen Gründen zu beschneiden.

Stärkung der Ortsteile

Für Liberale gilt der Vorrang der kleinen Einheit. Auf höherer Ebene darf nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann.

Die Kommunalpolitik der FDP in Friedberg unterstützt alle Anstrengungen, um den gewachsenen Stadtkern und die Ortsteilkerne mit einer vielseitigen und ausgewogenen Mischung aus Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und Kulturstätten sowie qualifizierter Dienstleistungen zu erhalten.

Die FDP in Hessen hat in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung durch die Einführung des Kommunalwahlrechts mit den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens für einen stärkeren Einfluss der Bürger auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente und damit auf die kommunalen Entscheidungsprozesse gesorgt.

Wir fordern

- **für alle Ortsteile** die weitere Aufwertung der Arbeit der Ortsbeiräte, d.h. eine stärkere Berücksichtigung der Beschlüsse der Ortsbeiräte durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung; der Ortsbeirat für die Kernstadt und Fauerbach muss erhalten bleiben
- **für Bruchenbrücken** die Verhinderung der geplanten Windkraftanlagen an der Ortsgrenze zu Wöllstadt. Diese Windkraftanlagen zerstören nicht nur unsere Landschaft, sie sind aufgrund der Windhäufigkeit und Windstärke trotz der Subventionierung aufgrund des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) nicht wirtschaftlich zu betreiben. Außerdem werden die Sicherheitsabstände zur Wohnbebauung in Wöllstadt nicht eingehalten. Wir wollen das beschädigte Wehr an der Mühle „Am Steg“ wiederherstellen. Wir wollen eine sichere Überquerungsmöglichkeit am Bürgerhaus (dies ist vor allem für die Kinder wichtig, die zum Sportunterricht gehen).
- **für Ossenheim** die Erhaltung der Grundschule und den Bau einer Kindertagesstätte

- **für Bauernheim** die zügige Umsetzung des Neubaus eines Feuerwehrgerätehauses, ebenso die Erhaltung der Anbindung Bauernheims an das öffentliche Autobusnetz
- **für Dorheim** die zügige Fortführung des Weiterbaus der Ortsumgebung und die rasche Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung des Ortskerns nach der Fertigstellung der Baumaßnahme.
- **für Ockstadt** die zügige Umsetzung der Weiterentwicklung des Ortskerns, um diesen zu beruhigen und nach der Fertigstellung der B 3 endlich vom Durchgangsverkehr zu befreien. Dies ist auch zur Sicherung der Schulwege notwendig.
- **für Fauerbach** die Entlastung vom Durchgangsverkehr durch den Bau der Teilortsumgebung;
- **für die Kernstadt** eine Aufwertung der Seewiese als Naherholungsgebiet

Friedberg kann mehr!

FDP

Vernünftig. Mutig. Zukunftsorientiert.

Das sind Ihre Kandidatinnen und Kandidaten:

Für die Stadtverordnetenversammlung

1. Achim Güssgen
Jahrgang 1957, Leitender Regierungsdirektor
Vorsitzender der FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung
2. Peter Joachim Weber
Jahrgang 1944, Wohnraumberater
Stellvertretender Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung
3. Karlheinz Güssgen
Jahrgang 1930, Technischer Bundesbahnamtman i. R.
Ehrenamtlicher Stadtrat
4. Dr. Jochen Meier
Jahrgang 1943, Chefarzt i. R.
Ehrenamtlicher Schiedsman für die Stadt Friedberg
5. Silvia Elm-Gelsebach, geb. Elm
Jahrgang 1961, Sekretärin
6. André Pascal Gloe
Jahrgang 1985, Unternehmer

7. Marie-Luise Schäfer-Salecker, geb. Schäfer
Jahrgang 1958, Kommunikationswirtin

8. Dr. Regina Bechstein-Walther, geb. Bechstein
Jahrgang 1959, Tierärztin
Stellvertretende Ortsvorsteherin von Ossenheim

9. Thomas Iffland
Jahrgang 1991, Schüler

10. Simone Szurmant
Jahrgang 1978, Dipl.-Mathematikerin

11. Michael Straka, geb. Kalus
Jahrgang 1972, Ingenieur

12. Markus Steinkamp
Jahrgang 1979, Bankangestellter

13. Oliver Gutenstein
Jahrgang 1973, Rechtsanwalt und Steuerberater

14. Elisabeth Gundel, geb. Schute
Jahrgang 1943, Hausfrau

15. Siegfried Gundel
Jahrgang 1942, Kaufmann

16. Dr. Christopher Rock
Jahrgang 1978, Diplom-Kaufmann

17. Martin Pebalka
Jahrgang 1960, IT-Berater

18. Wilfried Schaum M.A.
Jahrgang 1943, Bibliothekar i.R.

19. Christa Meier, geb. Fühles
Jahrgang 1944, Industriekauffrau

20. Heide Rieger, geb. Barz
Jahrgang 1941, Hausfrau

21. Klaus Brückner
Jahrgang 1929, Rentner

Für den Ortsbeirat Friedberg-Kernstadt

1. Karlheinz Güssgen
Jahrgang 1930, Technischer Bundesbahnamtman i. R.
Ehrenamtlicher Stadtrat

2. Peter Joachim Weber
Jahrgang 1944, Wohnraumberater
Stellvertretender Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung

3. Achim Güssgen
Jahrgang 1957, Leitender Regierungsdirektor
Vorsitzender der FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

4. Silvia Elm-Gelsebach, geb. Elm
Jahrgang 1961, Sekretärin

5. André Pascal Gloe
Jahrgang 1985, Unternehmer

6. Siegfried Gundel
Jahrgang 1942, Kaufmann

7. Markus Steinkamp
Jahrgang 1979, Bankangestellter

8. Elisabeth Gundel, geb. Schute
Jahrgang 1943, Hausfrau

9. Simone Szurmant
Jahrgang 1978, Diplom-Mathematikerin

10. Dr. Christopher Rock
Jahrgang 1978, Diplom-Kaufmann

11. Michael Straka, geb. Kalus
Jahrgang 1972, Ingenieur

12. Martin Pebalka
Jahrgang 1960, IT-Berater

13. Wilfried Schaum M.A.
Jahrgang 1943, Bibliothekar i.R.

14. Heide Rieger, geb. Barz
Jahrgang 1941, Hausfrau

15. Klaus Brückner
Jahrgang 1929, Rentner

Für den Ortsbeirat Friedberg-Bruchenbrücken

1. Dr. Klaus Peter Krause
Jahrgang 1936, Journalist
2. Roger Götzl
Jahrgang 1959, Beamter (Deutsche Bahn)

Für den Ortsbeirat Friedberg-Dorheim

1. Marie-Luise Schäfer-Salecker, geb. Schäfer
Jahrgang 1958, Kommunikationswirtin
2. Thomas Iffland
Jahrgang 1991, Schüler

Für den Ortsbeirat Friedberg-Ockstadt

1. Dr. Jochen Meier
Jahrgang 1943, Chefarzt i. R.
Ehrenamtlicher Schiedsmann für die Stadt Friedberg
2. Dr. Michaela Heller
Jahrgang 1973, Ärztin
3. Christa Meier, geb. Fühles
Jahrgang 1944, Industriekauffrau

Für den Ortsbeirat Friedberg-Ossenheim

1. Dr. Regina Bechstein-Walther, geb. Bechstein
Jahrgang 1959, Tierärztin
Stellvertretende Ortsvorsteherin von Ossenheim
2. Oliver Gutenstein
Jahrgang 1973, Rechtsanwalt und Steuerberater
3. Corinna Mühl, geb. Bell
Jahrgang 1978, Hausfrau